
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg am Dienstag, dem
05.11.2024, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordnete Christa Preuth-Stuke

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Carolin Abeln
3. Kreistagsabgeordneter Rasmus Braun
4. Kreistagsabgeordnete Ruth Fangmann
5. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus
6. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
7. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock
8. Kreistagsabgeordneter Dirk Koopmann
9. Kreistagsabgeordneter Josef Osterkamp
10. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
11. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer
12. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
13. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske
14. Kreistagsabgeordnete Judith Vey-Höwener
15. Kreistagsabgeordneter Nils Wolke
Vertretung für Herrn Stephan Christ

Grundmandat

16. Kreistagsabgeordneter Sven Sager

Zugewählte beratende Mitglieder

17. Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung Jan-Gustav Ahlers
Herr Ahlers hat die Sitzung um 18.00 Uhr verlassen.
18. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann
19. Der Paritätische Dorothee Rensen
20. Deutsches Rotes Kreuz Johannes Wilhelm

Verwaltung

21. Landrat Johann Wimberg
22. Amt für Bildung, Integration und Demografie Dr. Stefanie Föbker
23. Ärztin im Gesundheitsamt Doris Hellmann
24. Pressestelle Anna Kampmann
25. Kreisverwaltungsoberrätin Carola Krenke
26. Kreisrat Ansgar Meyer
27. Kreisamtsrat Colja Pregler

Protokollführer/in

28. Kreisverwaltungsrätin Sandra Helmes



Es fehlte/n:

- | | |
|--|-----------------|
| 29. Verein der Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e. V. | Mina Amiry |
| 30. Diakonisches Werk | Martina Fisser |
| 31. Arbeiterwohlfahrt | Brigitte Siebum |

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls
- 5 . Betreuungsverein Cloppenburg e.V. - Vorstellung des Businessplanes und Weiterentwicklung des Betreuungsvereins
- 6 . Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Suchtprävention für die Jahre 2025 - 2027 V-SOZ/24/182
- 7 . Fortführung des Projektes "Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland" V-SOZ/24/183
- 8 . Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. V-SOZ/24/184
- 9 . Anregungen und Beschwerden
- 10 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 11 . Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 10.09.2024 wurde – bei einer Enthaltung – einstimmig genehmigt.

5. Betreuungsverein Cloppenburg e.V. - Vorstellung des Businessplanes und Weiterentwicklung des Betreuungsvereins

Herr Abheiden stellte sich als Geschäftsführer des Betreuungsvereins vor und berichtete zur Weiterentwicklung des Betreuungsvereins. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Zum Fachdienst rechtliche Betreuung (Folie 3) erklärte Herr Abheiden, dass es sich bei den 6 tätigen Betreuern und Betreuerinnen um 5 Teilzeitkräfte und eine Vollzeitkraft handele. Bezüglich der Räumlichkeiten (Folie 9) sagte Herr Abheiden, dass die jetzigen Räumlichkeiten des Betreuungsvereins nicht barrierefrei zugänglich seien. Termine mit z.B. Rollstuhlfahrern könnten nur außerhalb der Räumlichkeiten des Betreuungsvereins stattfinden. Auch sei es wichtig, für die Betreuer Möglichkeiten zu schaffen, Gespräche und Telefonate vertraulich und in Ruhe zu führen. Das sei in Mehrfachbüros trotz der Nutzung von Homeoffice kaum möglich. Zu den Finanzkosten (Folie 10 und 11) erläuterte Herr Abheiden, dass es sich dabei zu 85 % um Personalkosten handele.

Kreisrat Meyer ergänzte, das Ziel dieses Vortrages sei, die Weiterentwicklung des Betreuungsvereins und seinen Businessplan vorzustellen. Der Bedarf an Betreuungen und damit auch an Betreuern sei

steigend; ob die Betreuungen bis 2027 einen Umfang von 440 annehmen würden, sei jetzt noch nicht zu sagen.

Kreistagsabgeordneter Schröder bedankte sich für die Vorstellung und sagte, dass der Landkreis seit der Unterstützung bei der Gründung des Betreuungsvereins die Notwendigkeit dieser Einrichtung sehen würde.

Der Businessplan beruhe auf wachsenden Betreuungszahlen; aufgrund der demografischen Entwicklung werde ein Zuwachs von 200 auf 440 Betreuungen erwartet. Sei diese Prognose sicher? Zudem sei die Finanzierung der Querschnittsarbeit keine alleinige Aufgabe des Landkreises. Wer beteilige sich außerdem?

Dazu erläuterte Herr Abheiden, dass das Anwachsen der Betreuungen für einen Zeitraum von drei Jahren prognostiziert sei und bei Bedarf angepasst werden könne. Nach seinem Kenntnisstand würden vier Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer in den nächsten Jahren ihre Tätigkeit beenden und müssten ersetzt werden.

Die Querschnittsarbeit wie Schulungen etc. werde wie vereinbart umgesetzt. Dabei beteilige sich neben dem Landkreis das Land Niedersachsen an den Kosten.

Anlass der jetzigen Vorstellung seien die steigenden Betreuungszahlen.

Kreistagsabgeordneter Braun fragte, woher die Vielzahl an Betreuung komme. Hierzu antwortete Herr Abheiden, dass es sich um Menschen handele, die aufgrund einer Behinderung oder einer Demenz Unterstützung benötigten. Ziel sei aber, die Selbständigkeit dieser Personen zu fördern. Auf die Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Braun, woher die zu Betreuenden räumlich stammen würden, sagte Herr Abheiden, dass diese sich über den gesamten Landkreis verteilen würden. Es gebe nur marginale Unterschiede zwischen dem Nord- und Südkreis.

Kreistagsabgeordnete Fangmann bedankte sich ebenfalls für den Vortrag. Es sei gerade erläutert worden, dass eine Vollzeitstelle vorfinanziert werden müsse, obwohl die Betreuungen, die für eine Vollzeitstelle erforderlich seien, noch nicht da seien. Sei es da nicht sinnvoller, mit einer Teilzeitstelle zu starten?

Zudem stelle sich die Frage, weshalb das Objekt trotz fehlender Barrierefreiheit angemietet worden sei. Welche Mietkosten würden demnächst insgesamt anfallen?

Dazu erwiderte Herr Abheiden, dass die Miete insgesamt, für die drei Stockwerke, 18.000 EUR jährlich betragen wird.

Kreistagsabgeordnete Fangmann erkundigte sich, ob bereits darüber nachgedacht worden sei, mit Besprechungsboxen zu arbeiten, um darin z.B. persönliche Gespräche oder Telefonate zu führen. Herr Abheiden sagte, dass dies bedacht worden sei. Anwesenheitszeiten seien durch Homeoffice-Regelungen reduziert worden. Es sei angedacht worden, mit Sprechzeiten zu arbeiten; dies sei aufgrund der Klientel aber kaum umsetzbar. Derzeit würden die Telefonate in der Telefonzentrale angenommen, und der Betreuer entscheide dann, wann der Rückruf erfolge.

Zu der Vorfinanzierung einer Vollzeitstelle erklärte Herr Abheiden, dass der Betreuer registriert und dem Amtsgericht gemeldet werden müsse; erst dann könne eine Zuweisung von Betreuungen durch das Amtsgericht erfolgen. Ein Betreuer könne nicht direkt mit 50 – 60 Betreuungen starten, das sei zu umfangreich. Es seien aber bereits viele Teilzeitkräfte in diesem Bereich tätig, da unklar sei, wann sich die Kosten amortisieren würden.

Beratendes Mitglied Ahlers gab zu Bedenken, dass der Betreuungsverein nicht infrage gestellt werden dürfe, das sei unsinnig. Der Betreuungsverein mit seinen Tätigkeiten sei dringend erforderlich.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck äußerte, dass der Betreuungsverein seit 31 Jahren existiere. Es habe stets eine Unterfinanzierung gegeben und es sei immer schwierig gewesen, Betreuer und Betreuerinnen zu finden, da es sich um eine anspruchsvolle Arbeit handele. Fraglich sei, ob es in so naher Zukunft auf eine Steigerung von 440 Betreuungen kommen werde. Das würde bedeuten, dass fast alle Betreuungen über den Betreuungsverein geführt werden müssten. Er halte eine gute Mischung der Tätigkeit durch Betreuungen aus dem Betreuungsverein und freiberuflichen Betreuungen für wichtig.

Es stelle sich die Frage, ob die geplante Steigerung der Betreuervergütung eingepreist sei. Zudem würden der Integrationsfachdienst und die Vormundschaften Überschüsse erwirtschaften. Gebe es da eine Querfinanzierung?

Hierzu erklärte Herr Abheiden, dass die Steigerung in der Betreuervergütung eingepreist worden sei. Unter dem Strich ergebe sich ein höherer Umsatz von 3 – 4 %, da im Gegenzug die Personalkosten steigen würden. Pro Betreuung gebe es einen jährlichen Umsatz von 1.800 EUR. Die Annahme der Steigerung auf 440 Betreuungen seien auf Prognosen aus dem Pflegebericht sowie der Betreuungsstelle zurückzuführen. Es werde aber flexibel auf den Bedarf reagiert. Vormundschaften würden erst seit 2022 durch den Betreuungsverein durchgeführt.

Kreistagsabgeordneter Schröer gab zu Bedenken, dass es sich hier lediglich um eine Vorstellung des Businessplans des Betreuungsvereins handele. Für alles Weitere sollte der Antrag abgewartet werden.

Vorsitzende Preuth-Stuke bedankte sich für die Vorstellung.

6. Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Suchtprävention für die Jahre 2025 - 2027
Vorlage: V-SOZ/24/182

Ärztin im Gesundheitsamt Hellmann trug entsprechend der Vorlage vor und verlas die Beschlussvorlage.

Kreistagsabgeordneter Schröer sagte, dass die CDU die Zustimmung zu dem vorgetragenen Beschlussvorschlag empfehle. Es gebe zwei Suchtberatungsstellen im Landkreis Cloppenburg. Er fragte, ob es nach wie vor die Teilung der Aufgaben gebe, wie man es seinerzeit beschlossen habe.

Hierzu erläuterte Ärztin im Gesundheitsamt Hellmann, dass die Drobs sich auf illegale Substanzen/Hartdrogen spezialisiert habe, während die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention der Stiftung St. Vincenzhaus die Bereiche Alkohol, Medien und Spielsucht abdecke. Es handele sich um zwei komplementär arbeitende Angebote, von denen jeder in seinem Bereich tätig sei, zwischen denen es aber eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit gebe.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck erklärte, dass auch seitens der SPD dieser Antrag unterstützt werde. Es sei richtig, dass Doppelstrukturen vermieden werden sollten, aber die Suchtberatung sei eine Pflichtaufgabe, die in jedem Fall wahrgenommen werden müsse. Es habe zum Jahr 2025 enorme

Kostensteigerungen gegeben, das müsse man auf jedem Fall im Blick behalten. Hierzu ergänzte Kreistagsabgeordneter Braun, dass die Kostensteigerung sicherlich auch auf die Legalisierung des Cannabis zurückzuführen sei.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag wie vorgetragen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH für die Drogenberatungsstelle Drobs in Cloppenburg für die Haushaltsjahre 2025 - 2027 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 265.000,00 EUR (2025), bis zu 276.000,00 EUR (2026) und bis zu 284.000,00 EUR (2027) als Defizitausgleich gewährt wird.

**7. Fortführung des Projektes "Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland"
Vorlage: V-SOZ/24/183**

Die Leiterin des Amtes für Bildung, Integration und Demografie, Dr. Föbker, trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD hinter der Fortführung der Maßnahme stehe, auch wenn es die Hoffnung gegeben habe, dass diese Beratung durch eine Verbesserung der Verhältnisse überflüssig werden werde.

Kreistagsabgeordneter Holthaus ergänzte, dass es wichtig sei, dass das Angebot faktisch im Landkreis Cloppenburg vorgehalten werde und nicht nur im Landkreis Vechta.

Dr. Föbker trug den Beschlussvorschlag vor, den Vorsitzende Preuth-Stuke dann zur Abstimmung stellte.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, vorbehaltlich der Förderung durch den Landkreis Vechta und das Bischöflich Münstersche Offizialat, die finanzielle Unterstützung des Projektes „Arbeitsrechtliche Beratung für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen im Oldenburger Münsterland“ weiterzuführen für den Zeitraum vom 01.02.2025-31.12.2026 in Höhe von 41.297,44 EUR im Jahr 2025 und 45.051,75 EUR im Jahr 2026, insgesamt 86.349,19 EUR.

**8. Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V.
Vorlage: V-SOZ/24/184**

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke trug entsprechend der Vorlage vor. Sie betonte, dass die Umstellung der Finanzierung für den Landkreis Cloppenburg kostenneutral im Verhältnis zur bisherigen Finanzierung sei.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck stellte fest, dass die Beschulung in der Tagesbildungsstätte unter die Eingliederungshilfe falle. Er fragte, ob in diesem Zusammenhang Einkommen und Vermögen geprüft würden. Das würde dann eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Schülern darstellen. Hierzu erklärte Kreisverwaltungsrätin Helmes, dass es richtig sei, dass es sich bei der Beschulung in der Tagesbildungsstätte um eine Maßnahme der Eingliederungshilfe handele. Allerdings sei diese nicht abhängig vom Einkommen und Vermögen. Es werde höchstens ein Kostenbeitrag für die häusliche Ersparnis, die durch die Teilnahme am Mittagessen entstehe, gefordert.

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke verlas den Beschlussvorschlag, den Vorsitzende Preuth-Stuke dann zur Abstimmung stellte.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

- 1. Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die vom Landkreis Cloppenburg ein Kostenanerkennnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025, somit bis zum 31.07.2025 auch der darin enthaltene Anteil in Höhe von 42 % für den Kernbereich der schulischen Bildung als freiwillige Leistung finanziert.**
- 2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Caritas-Verein Altenoythe e.V. die Umwandlung der Tagesbildungsstätte Sophie-Scholl-Schule in eine Förderschule GE voranzutreiben und dafür weiterhin gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der Sozialdezernenten im ehemaligen Weser-Ems-Gebiet und dem NLT beim Land an die Sicherstellung der dafür erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingung zu arbeiten.**

9. Anregungen und Beschwerden

Anregungen oder Beschwerden wurden nicht geäußert.

10. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.



11. Mitteilungen

Es erfolgten keine Mitteilungen.

Um 18:15 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Landrat

Protokollführerin